



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte Euch heute wieder von der letzten Landtagssitzung und von meiner Ausschussarbeit berichten.

34., 35. und 36. Landtagssitzung

Aktuelle Stunde

Auf Antrag meiner Fraktion wurde über die Regionalpartnerschaft zwischen M-V und dem Leningrader Gebiet debattiert. Wir wollen auch in schwierigen Zeiten diese Partnerschaft weiter pflegen und verstärken.

Die Partnerschaft zwischen M-V und dem Leningrader Gebiet, der Region um die Stadt St. Petersburg, hat sich seit ihrer Gründung 2002 hervorragend entwickelt, betonte Manuela Schwesig in ihrer Rede. Russland ist trotz Sanktionen der dritt wichtigste Handelspartner von M-V und wirtschaftlich stark vertreten: im Holzcluster in Wismar mit Ilim Nordic Timber, in Vorpommern mit der Nordstream-Pipeline und in Rostock mit dem Werk der Deutschen Großwäzlager GmbH. Viele Unternehmen der Hafenwirtschaft und Logistik arbeiten eng zusammen. Allein rund 100 Unternehmen aus MV pflegen Handelsbeziehungen zu Russland. Die Universitäten in Greifswald und Rostock sowie die Fachhochschule Stralsund pflegen Partnerschaften mit Wissenschaftseinrichtungen in St. Petersburg.

M-V wählt seit Jahren, trotz Sanktionen, einen anderen Weg gegenüber Russland. Mit dem alle zwei Jahre stattfindenden Russlandtag oder regelmäßigen Delegationsreisen mit Leuten aus Politik und Wirtschaft nach Russland hat vor allem Erwin Sellering Zeichen gesetzt.

Unsere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig möchte einen schrittweisen Abbau der wechselseitigen Sanktionen. Wir können natürlich auf regionaler Ebene keine internationalen Konflikte lösen, sagte Schwesig, aber wir wollen mit unseren Partnern im Gespräch bleiben und unseren Austausch weiter intensivieren.

Anträge

Bundeseinheitliche Polizeistatistik über Messerangriffe nötig

Der Landtag hat über die gesonderte Aufnahme von Angriffen mit Messern und anderen Stichwaffen in die polizeiliche Kriminalstatistik debattiert und das beschlossen.

Um aussagefähige Lagebilder zu erhalten, benötigen wir diese landes- und bundesweiten Zahlen. Darauf aufbauend kann dann eine zielgerichtete Vorbeugung und Bekämpfung dieser Straftaten erfolgen. Gleichzeitig können Präventionsmaßnahmen konzipiert werden.

Pflicht, die NSU-Aktivitäten in unserem Land aufzuklären

Eine breite Mehrheit im Landtag stimmte der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung von Straftaten des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) zu.

Offene Fragen wie z.B. Ausstattung und Struktur der Sicherheitsbehörden, V-Leute in der rechten Szene oder Unterstützer der NSU können jetzt weiter wirksam aufgearbeitet werden.

Studiengebühren für Ausländer schaden dem Land

Über einen Gesetzentwurf hat die AfD gefordert, Studiengebühren für ausländische Studierende einzuführen. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Nicolaus Kramer begründete das mit höheren Kosten der Betreuung dieser Studenten und erklärte in seinem Beitrag, dass die ausländischen Studenten meist sowieso dank Stipendien über genügend Geld verfügen.

Dem erteilte unsere Bildungsministerin Birgit Hesse eine klare Absage. „Wir können doch auf der einen Seite nicht mit unseren weltoffenen Hochschulen werben und andererseits nur ausländische Studierende zur Kasse bitten“, so Hesse.

Gut 3.100 ausländische Studenten sind an HS in M-V eingeschrieben, davon 2.500 aus Nicht EU-Staaten. So ist die Rostocker Uni z.B. stolz, dass der Anteil ihrer ausländischen Studenten über 11 Prozent beträgt.

Mehr Geld für Grundschullehrer

Der Antrag der LINKEN „Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen verbessern - Lehrkräfte angemessen vergüten“ wurde im Landtag abgelehnt.

Bildungsministerin Birgit Hesse betonte in der hitzigen Debatte, dass nicht alles auf einmal geht. Die von den LINKEN geforderte Höherstufung der gut 2.000 Grundschullehrer würde pro Jahr mehrere Millionen Euro pro Jahr kosten. Woher das Geld dafür kommen soll, sagt der Antragsteller nicht.

Die LINKEN sagen, es gibt keinen Grund, Grundschullehrer anders zu bezahlen. In der Grundschule werden die Grundlagen für den späteren Bildungsweg der Kinder gelegt. Diese Verantwortung muss sich so die LINKEN in der Vergütung bemerkbar machen.

In meiner Fraktion wird das differenzierter gesehen. Eine höhere Bezahlung der Grundschullehrer müsste auch eine Erhöhung der Gehälter der Gymnasiallehrer zur Folge haben. Sonst würde es neue Ungerechtigkeiten geben. Auch diese Meinungen muss man zulassen.

Novelle des Vergabegesetzes

Firmen sollen künftig bei öffentlichen Aufträgen den Vergabemindestlohn von 9,54 €/Std. zahlen und dies auch in Kommunen. Für die SPD ist das ein weiterer Schritt in Richtung bessere Löhne in M-V. Den LINKEN ist das zu wenig. Sie fordern 10,09 €/Std.

Beiträge für Straßenbau auf Prüfstand

Die AfD und die LINKE stellten Anträge zum Thema Erhebung von Straßenbaubeiträgen. I

Der Landtag hat zugestimmt, eine Abschaffung von Straßenbaubeiträgen für Anwohner zu prüfen. SPD und CDU stellten eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes in Aussicht. Die komplette Abschaffung und die Übernahme durch das Land M-V würde ein Loch von ca. 25 Mio. € pro Jahr in den Landeshaushalt reißen.

Bestattungskultur in MV

Der Landtag beschloss, dass eine Expertenkommission bis Ende 2019 mögliche Änderungen in der Bestattungskultur diskutieren soll. Die LINKE und Teile der SPD fordern schon länger die Abschaffung des Friedhofszwangs und wollen eine Öffnung. Das Gesetz muss auf jeden Fall überarbeitet werden, z.B. bei der Leichenschau und beim Bestatterberuf.

Wie gesagt bei uns in der Fraktion gibt es hier keine einheitliche Meinung. Die CDU ist strikt gegen die „Urne für zu Hause“.

Steuerliches Amtsveranlagungsverfahren ausbauen

M-V ist das erste Bundesland, das für die Besteuerung von Rentnerinnen und Rentnern ein vereinfachtes Veranlagungsverfahren erprobt hat. Eine einfache Erklärung, dass außer den Renteneinnahmen keine weiteren Einkünfte erzielt werden, genügt für die Besteuerung. Da die Höhe der Rentenbeträge vom Rentenversicherungsträger elektronisch an das Finanzamt übermittelt wird, kann das Finanzamt auf die Anforderung einer Steuererklärung gänzlich verzichten und die Steuerfestsetzung anhand der übermittelten Daten durchführen. Dieses Verfahren findet zunehmend Zuspruch und wird als deutliche Entlastung empfunden, erklärte ich in meiner Rede.

Entsprechend den Vorgaben des Bundes ist es derzeit jedoch noch nicht möglich, mit diesem vereinfachten Verfahren in Papierform vorliegende Bestätigungen über Spenden und haushaltsnahe Dienstleistungen steuermindernd geltend zu machen. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, das Amtsveranlagungsverfahren zusammen mit dem Bund und den anderen Bundesländern entsprechend weiterzuentwickeln. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Meine Ausschussarbeit

Bildungsausschuss

Der Bildungsausschuss hat ein Expertengespräch mit Frau Dr. Friederike Drinkuth von der oberen Landesbehörde „Staatliche Schlösser, Gärten und Kunstsammlungen M-V“ durchgeführt. Der Ausschuss hat sich in Form eines Vortrages über das Leben von Sophie Charlotte Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz unterrichten lassen.

Weiterhin wurden Beratungen zur EU-Datenschutzgrundverordnung, zu „Verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen an Schulen“, über die Durchführung einer Anhörung von Schulleiterinnen und Schulleitern durchgeführt.

Ausschuss der Regionen

Am 16. April 2018 setzten sich die Mitglieder während eines auswärtigen Seminars der Fachkommission für Natürliche Ressourcen (NAT) des Ausschusses der Regionen in Nantes mit dem Thema „Zusammenarbeit von Städten und ländlichen Gebieten zur Schaffung neuer nachhaltiger Lebensmittelversorgungsketten“ auseinander.

Vorgestellt wurden neben den Erfahrungen der Metropolregion Nantes, der Stadt Kopenhagen, der französischen und spanischen Regionen Pays de la Loire und Murcia die Betrachtungen der EU-Kommission bezüglich der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) sowie ein Forschungsprojekt zur „Grünen Infrastruktur“ in 22 europäischen Städten.

Ziel des Seminars in Nantes war es, die Möglichkeiten der Einbeziehung des Ansatzes der Stadt-Land-Kooperation im Lebensmittelbereich in die künftige europäische Agrarpolitik zu untersuchen. Zudem wurde diskutiert, wie Genossenschaften und Initiativen der Stadt-Land-Kooperation gestärkt, eine nachhaltige öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln unterstützt und die Transparenz hinsichtlich Produktion und Herkunft der Lebensmittel erhöht werden kann.

Angesichts des sich wandelnden Bewusstseins der Verbraucher suchen immer mehr Städte die Verbindung zur Landwirtschaft. Kurze Lebensmittelversorgungsketten, die mit weniger Zwischenhändlern auskommen, unterstützen die Zusammenarbeit lokaler Erzeuger. Dies stärkt lokale Lebensmittelmärkte und die lokale Wirtschaft; Verkaufsmethoden wie Direktvermarktung werben neue Kunden. Dazu wird die Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Tourismus und Lebensmittelverarbeitung in einer Region angeregt, was auch für das stark agrarisch geprägte Bundesland M-V relevant ist.

In Nantes wurde veranschaulicht, wie Landwirte dazu beitragen, mithilfe von Direktverkäufen, kurzen Lieferketten und regionaler Landwirtschaft das Wachstum vor Ort anzukurbeln. Die Herausforderungen, die im Hinblick auf die Lebensmittelversorgungsketten und im Zusammenspiel von Stadt und Land in der französischen Region Pays de la Loire vorliegen, existieren auch bei uns im Land.

Zudem haben die AdR-Mitglieder einen Dialog über die Rolle der Städte und Regionen für die Stärkung der demokratischen Dimension der Handelspolitik der EU geführt. An dieser Debatte hat die für das Thema Handel zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström teilgenommen. Erneut auf der Tagesordnung stand auch eine Diskussion über die Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU mit dem Fokus auf den Handel und die Wirtschaft der Regionen und Städte in der EU-27.

Soweit das Neueste von mir aus dem Landtag.

Herzliche Grüße



Tilo Gundlack